

TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDES FÜR DAS JAHR 2008



BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER PSYCHOSOZIALEN ZENTREN FÜR FLÜCHTLINGE UND FOLTEROPFER (BAFF) E.V.

VORSTAND

ELISE BITTENBINDER

ERNST LUDWIG ISKENIUS

ANNI KAMMERLANDER

PROF. DR. JOCHEN ZENKER

GESA ANNE BUSCHE

BARBARA WOLFF

VORSTANDSVORSITZENDE

STELLVERTRETENDER

VORSTANDSVORSITZENDER

SCHATZMEISTERIN

BEISITZ

BEISITZ

BEISITZ

MITARBEITER

KATARINA RAFAILOVIC

SILVIA SCHRIEFERS

ANNETTE KIESER

ESTHER EIMERL

UWE PENA

PROJEKTLEITUNG

WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG

WISSENSCHAFTLICHE

PROJEKTBEGLEITUNG

BUCHHALTUNG

WEB ADMINISTRATION



TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDES FÜR DAS JAHR 2008

BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER PSYCHOSOZIALEN ZENTREN FÜR FLÜCHTLINGE UND FOLTEROPFER (BAFF) E.V.

Allgemeine politische Situation von Flüchtlingen

Auch 2008 setzt sich die restriktive Politik gegenüber schutzbedürftigen Menschen fort. Nach Außen wird die militärische Überwachung der Grenzen durch die EU immer perfekter. Nach Innen sind häufig die Lebensbedingungen von Folteropfern und politisch Verfolgten unsicher und prekär, trotz zurückgehender Antragszahlen. Zum Teil erleben die schutzsuchenden Menschen offene rassistische Ablehnung. Traumatisierte Menschen, die besondere Bedürfnisse nach Sicherheit, Anerkennung, Integration und stabilen Lebensverhältnissen haben, leiden unter diesen Bedingungen. Sie sind häufig trotz intensiver therapeutischer Intervention chronisch erkrankt.

Aber nicht nur die Politik vernachlässigt diese besonders schutzbedürftige Gruppe. Auch das bestehende Gesundheitswesen hat auf die gesundheitliche Situation dieser Menschen bisher keine Antwort gefunden. Das Gesundheitssystem greift auf die Expertise der Behandlungszentren zurück. Kostenübernahme für Psychotherapie und psychosoziale Beratung und für die oft unerlässliche Sprachmittlung muss im Einzelfall erkämpft werden. Nach wie vor sind traumatisierte Flüchtlinge auf die Behandlungszentren und auf das persönliche Engagement einzelner niedergelassener Ärzte und Therapeuten angewiesen. Gerade im ländlichen Bereich gibt es schwer überwindbare Barrieren und Defizite.

Die seit 2004 in Kraft getretene EU –Aufnahmerichtlinie billigt den besonders vulnerablen Flüchtlingsgruppen, u.a. auch durch politische Gewalt traumatisierte Menschen, das Recht auf eine frühzeitige Rehabilitation und Behandlung zu. Bei der Umsetzung bestehen bis heute Defizite.

Die in der BAFF zusammengeschlossenen psychosozialen Zentren versuchen schon seit einigen Jahren eine Veränderung herbeizuführen. Der folgende Bericht zeugt von diesen Anstrengungen auf der Ebene der BAFF. Diese kann allerdings

nur funktionieren, wenn sie ergänzt werden durch die vielfältigen lokalen Initiativen der einzelnen Zentren vor Ort.

A. Organisatorisches

Mitarbeiter

Elise Bittenbinder	Vorsitzende
Katarina Rafailovic	Projektleiterin
Silvia Schriefers	Wissenschaftliche Begleitung
Annette Kieser	Wissenschaftliche Begleitung
Esther Eimerl	Buchhaltung
Uwe Pena	Webdesign und -Administration

Vorstand

Anni Kammerlander	Schatzmeisterin
Ernst Ludwig Iskenius	stellvertretender Vorstandsvorsitz
Gesa Busche	Beisitz
H.J. Zenker	Beisitz
Barbara Wolff	Beisitz
Annette Windgasse	Administration BAFF Forum

Vielen Dank an unsere Praktikanten

Benjamin Lemke, Astrid Kahl, Miriam Jakob, Ole Drexler, Anna Respondek

Treffen zur Projektkoordination und Evaluation:

Mitglieder des Vorstands plus relevante Experten trafen sich im Jahr 2008 drei Mal zu Koordinationstreffen:

- 17.03.2008 in Berlin
- 31.03.2008 in Frankfurt/M
- 05.09.2008 in Frankfurt/M

Vorstandstreffen:

- 05.06.2008 in Frankfurt
- 04.07.2008 in Frankfurt
- 06.10.2008 in Frankfurt

- 07.11.2008 in Jena

Die Mitgliederversammlung findet am 09.11.2008 im Rahmen der Fachtagung „Perspektive Regelversorgung- Integration psychisch belasteter Flüchtlinge und Folteropfer“ in Jena statt.

B. Aktivitäten der BAFF

Schwerpunkte der Arbeit des BAFF- Vorstandes waren:

- 1. Rückblick Bundesfachtagung der BAFF**
- 2. Sicherung der BAFF als Dachverband**
- 3. Lobbyarbeit Schwerpunkt Finanzierung der Zentren**
- 4. Neuaufbau des Webauftritts**
- 5. Entwicklung eines Interviewarchivs „Zeitzeugen der Menschenrechte“**
- 6. Aufnahmeleitlinie: Entwicklung eines Konzepts zur Identifizierung traumatisierter Flüchtlinge.**
- 7. Kontextbezogene Traumabehandlung**
- 8. EU-Vernetzung**
- 9. Termine**
- 10. Lobby- und Repräsentationsarbeit im Rahmen von Arbeitstreffen oder Schriftwechsel**

1 Rückblick Bundesfachtagung der BAFF

Die Bundesfachtagung der BAFF „Ethik und Menschenrechte Kontextbezogene Behandlung von Folteropfern“ fand am 30.09.–02.10.2007 im Tagungszentrum der Katholischen Akademie in Berlin statt und wurde in enger Kooperation mit Xenion – Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte organisiert und durchgeführt. Die Tagung richtete sich an die Fachkräfte der psychosozialen Behandlungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer, sowie an VertreterInnen aus dem weiteren Umfeld dieser Arbeit. Dazu gehörten u.a. FlüchtlingsberaterInnen, ÄrztInnen, PsychotherapeutInnen, PädagogInnen, SozialarbeiterInnen und weitere ExpertInnen aus den Bereichen der Menschenrechtsarbeit, dem Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen.

An der Tagung nahmen insgesamt 124 Personen inklusive ReferentInnen teil. Davon kamen etwa 90 TeilnehmerInnen (73%) aus den Mitgliedszentren der BAFF, 34 (27%) aus anderen Flüchtlingsberatungsstellen, Rechtsanwaltskanzleien bzw. aus der gesundheitlichen Regelversorgung.

Das Tagungsprogramm umfasste die Beteiligung von nationalen wie auch internationalen ReferentInnen. Darüber hinaus diente der BAFF- interne Tag im direkten Anschluss an die Tagung einem weiteren Austausch über die Tagungsthemen und der konkreten Weiterentwicklung von Ideen und Projekten in verschiedenen Arbeitsgruppen.

Auf Grund der Teilnahme internationaler ReferentInnen wurden die Beiträge der Fachtagung durchgängig simultan sowohl in englische, wie auch in russische Sprache übersetzt.

Die Fachtagung wurde durch die Psychotherapeutenkammer Berlin zertifiziert. Die Beiträge der ReferentInnen der Tagung sowie auch Protokolle der Podiumsdiskussionen und Workshops wurden auf dem BAFF Forum www.baff-forum.org online gestellt.

ReferentInnen

- *Esther Mujawayo*. Studierte Soziologin und Psychotherapeutin aus Ruanda.
- *Noarman S. Ali*. Arzt und Psychiater aus dem Irak
- *Prof. Dr. Heiner Bielefeldt*. Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte.
- *Wolfgang Kaleck*. Fachanwalt für Strafrecht, Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)
- *PD Dr. Hauke Brunckhorst*. Professor für Philosophie an der Universität Flensburg
- *Dietrich Koch*. Psychologischer Psychotherapeut und Leiter von Xenion seit 1990
- *Cornelia Behrens*, Hamburger Institut für Sozialforschung.
- *Dr. Nimisha Patel*. Psychologin bei der Medical Foundation in London
- *Dr. Peter Boppel*. Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapeutische Medizin
- *Ella Poljakova*. „Soldatenmütter“ in St. Petersburg
- *Julia Duchrow*. Juristin, amnesty international

2 Sicherung der BAFF als Dachverband

Die BAFF- Koordinationsstelle finanziert sich neben den Mitgliedsbeiträgen der Zentren, privaten Spenden und ehrenamtlichem Engagement durch unterschiedliche Fördergelder.

Wichtigster Förderer der BAFF war lange Zeit die UNO Flüchtlingshilfe mit einem jährlichen Beitrag von 20.000€. Anfang des Jahres ergab sich eine existenzielle Bedrohung der Weiterarbeit der Koordinationsstelle, da die UNO Flüchtlingshilfe ihre Förderung stark kürzte.

Weitere wichtige Förderer sind die Wohlfahrtsverbände CARITAS mit 3000€, EKD der Diakonie 3000€, Paritätischer Wohlfahrtsverband 1000€, Arbeiterwohlfahrt 750€ und Pro Asyl 1250€.

Im Jahr 2008 hat sich die BAFF massiv um neue Förderer bemüht. Erfolgreich wurde ein Antrag bei Aktion Mensch „Die Gesellschafter“ über 4000€ gestellt, bei amnesty international über 10.000€.

Die BAFF Koordinationsstelle hat jedes Jahr einen Antrag beim Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) gestellt, der jedoch leider häufig zurückgewiesen wurde. Nun ist die BAFF wieder in die Förderung über 3 Jahre aufgenommen worden, was zur Stabilität der Koordinationsstelle maßgeblich beitragen wird.

Daneben hat die BAFF zum dritten Mal einen Antrag beim European Refugee Fund (ERF) in Brüssel gestellt, der nun auch positiv beschieden wurde. Ab September 2008 bis Februar 2010 ist die BAFF Koordinator eines Verbundes von 6 europäischen Zentren, die sich die Selbstevaluation ihrer Arbeit zur Aufgabe gemacht haben.

Die Bemühungen um Sicherung der Koordinationsstelle haben sich also gelohnt.

3 Lobbyarbeit: Schwerpunkte Finanzierung der Zentren – Integration in die Regelversorgung

Die Lobbyarbeit der BAFF hat im Jahr 2008 ihren Schwerpunkt etwas verlagert. In den letzten Jahren haben wir das Zuwanderungsgesetz, das Bleiberecht und die Europäischen Richtlinien in den Mittelpunkt der Lobbyarbeit gestellt. In diesem Jahr war die Finanzierung der Behandlung von Flüchtlingen Schwerpunktthema.

Nach der massiven Lobbyarbeit 2007 zum Thema Auslaufen der Finanzierung Europäischer Zentren beim EIDHR, waren in diesem Sommer die Auswirkungen deutlich zu spüren. Der EU-Topf EIDHR ist eines der wichtigsten

Finanzierungsinstrumente für die Rehabilitation von Folteropfern. Angekündigt war eine Auslaufen (=Phase out) der Förderung der Europäischen Zentren bis 2010. Fakt ist, dass schon 2008 kein europäisches Zentrum für die Behandlung von Folteropfern eine Finanzierungsunterstützung durch die jeweiligen europäischen Aufnahmeländer erhalten hat. Diese Förderung ist also schon 2008 „ausgelaufen“.

Die BAFF ist auf nationaler und europäischer Ebene in Zusammenarbeit und Absprache mit dem EU-Netzwerk und dem IRCT mit den relevanten Entscheidungsträgern im Gespräch.

Die EU ist der Ansicht, dass die Behandlung von Flüchtlingen mit besonderen Bedürfnissen Aufgabe der Nationalstaaten ist. Der EFF ist als ergänzendes Instrument zur Förderung dieser Arbeit völlig ausreichend. Der deutsche Bund vertritt den Standpunkt, dass die Primärversorgung von Flüchtlingen in Deutschland durch das Asylbewerberleistungsgesetz geregelt ist. Die Bemühungen der BAFF, die Bundesministerien (Bundesministerium für Gesundheit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium des Innern) für diese Problematik zu sensibilisieren und als Bündnispartner bzw. Verantwortungsträger zu gewinnen, liefen ins Leere. Die Ministerien wiesen die Verantwortung zurück bzw. sehen die Bundesländer in der Pflicht.

Die Länder gehen unterschiedlich mit dem Thema um und haben noch einmal Unterschiede in den einzelnen Kommunen. Vor diesem Hintergrund eines föderalen Systems gestaltet es sich als schwierig, Lobbyarbeit zentral zu organisieren und zu gestalten.

Es bleibt die offene Frage, wie eine stabile Finanzierung der Behandlungszentren gewährleistet werden kann. Die finanzielle Förderung der Zentren und somit die Bereitstellung von Behandlung für traumatisierte Flüchtlinge ist über die Gelder des EFF nicht möglich, da dieser in keiner Weise dem Bedarf entspricht. Die Versorgungsangebote für traumatisierte Flüchtlinge stehen somit zur Disposition. Hinzukommen wurden in den Mitgliedszentren der BAFF weitaus mehr Anträge zur Behandlung traumatisierter Flüchtlinge gestellt, als Behandlungsplätze vorhanden waren. Im Jahr 2007 wurden laut einer internen Umfrage vom September 2008 9702 Klienten in den Mitgliedszentren der BAFF beraten und betreut. Der Bedarf übersteigt die Kapazitäten der Einrichtungen um ein Vielfaches, so dass ein großer Anteil der besonders vulnerablen Flüchtlinge ohne Zugang zu jeglichen Versorgungsmöglichkeiten verbleibt. Diese

Versorgungslücke wird auch nicht durch das öffentliche Gesundheitssystem gedeckt, da dafür die fachlichen sowie finanziellen Voraussetzungen fehlen.

Hier müssen neue Wege gesucht bzw. geeignete Finanzierungsprogramme entwickelt und neue Bündnispartner gefunden werden, um der Finanzierungsproblematik zu begegnen. Insbesondere die Möglichkeiten der Integration der Behandlung von Flüchtlingen in die Regelversorgung sind im Rahmen der weiteren Lobbytätigkeiten der BAFF zu prüfen bzw. zu verfolgen.

Als Grundlage dafür arbeitet die BAFF an einem Entwurf für eine Anfrage an Bundesregierung und die jeweiligen Bundesländer u.a. zur Anzahl der in Deutschland lebenden Asylbewerber mit dem jeweiligem Aufenthaltsstatus, der Anzahl der in Gemeinschaftsunterkünften Lebenden und Dauer ihres Aufenthalts dort sowie der Feststellungsquote einer PTSD oder anderer psychischer Erkrankungen und der Anerkennungsquote des BAMF. Ziel ist, mit dieser Anfrage eine Informationsgrundlage zu erhalten, mit welcher der Umfang des Behandlungsbedarfes konkretisiert und entsprechende Konsequenzen im Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen eingefordert werden können.

Auch wurden in diesem Zusammenhang Musteranträge zur Finanzierung von Behandlungen traumatisierter Flüchtlinge (Therapie, Dolmetscherkosten, Fahrtkosten) erstellt, mit denen die Kostenübernahme bei Sozialamt bzw. Krankenkasse von den Behandlungszentren beantragt werden sollte, um die (mangelnde) Umsetzung der EU-Richtlinien zu dokumentieren. Die Evaluation dieser Bemühungen sowie ein entsprechender Bericht darüber, welche Kosten, in welcher Höhe und durch wen im Rahmen der Regelversorgung übernommen werden und wo die Schwierigkeiten liegen, konnte noch nicht umgesetzt werden. Dies wird jedoch weiterhin verfolgt, um die Ergebnisse an die entsprechenden Abgeordneten mit der Forderung weiter tragen zu können, darauf zu reagieren.

Kooperation mit BAMF

Es haben kontinuierliche Fachgespräche mit Vertretern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Entscheidungspraxis stattgefunden. Konkret wurde in den Gesprächen die Stellung bzw. der Umgang mit fachärztlichen/psychotherapeutischen Gesundheitszeugnissen diskutiert und klargestellt, dass die Sacharbeiter des Bundesamtes nötige Zusatzinformationen durch gezielte Fragestellung vor einer Entscheidung einholen sollen.

U.A. als Weiterführung der Interventionen BAFF hat das BAMF in diesem Jahr reagiert und Grundsätze formuliert, welche Mindestanforderungen an eine

„substantiierte Darlegung einer behaupteten PTBS-Erkrankung zu stellen sind, um eine weitere Sachaufklärungspflicht der Gerichte auszulösen“. Praktische Konsequenzen dieser Grundsätze sind, dass das Bundesamt bei Vorliegen einer *nachvollziehbar begründeten Diagnose* den Sachverhalt weiter aufzuklären hat, um eine Entscheidungshilfe herbeizuführen. Dies könne durch Einholung –ggf. weiterer - fachärztlicher Stellungnahmen oder Gutachten geschehen. Auch soll eine weitere Sachaufklärung grundsätzlich dann erfolgen, wenn der Sachvortrag eine *hinreichende Substantiiertheit, Schlüssigkeit und Stimmigkeit aufweist*.¹

Des Weiteren werden nach diesem Beschluss auch die Kosten eines entsprechenden Attestes durch das Bundesamt übernommen.

Eine Erhebung des BAMF stellt in diesem Zusammenhang fest, dass 2007 von den 975 Verfahren, in denen eine PTBS vorgetragen wurde, in 274 Fällen ein Abschiebungshindernis gemäß § 60 Abs. 7 AufenthG festgestellt wurde. Bis 09/2008 wurde in 327 Verfahren eine PTBS vorgetragen und in 156 Verfahren ein Abschiebungshindernis gemäß § 60 Abs. 7 AufenthG festgestellt.

Da der BAFF von Seiten des Präsidenten des BAMF großes Interesse an der Weiterführung des Dialoges in Bezug auf diese Thematik signalisiert worden ist, hat am 05. September ein Gesprächstermin zwischen Mitarbeitern des Bundesamtes und der BAFF stattgefunden. Themen waren hierbei die bisherigen Bemühungen des Bundesamtes zur Gewährleistung eines sachgerechten Umgangs mit Traumatisierten im Asylverfahren und Umgang mit Traumatisierten aus Sicht der BAFF, eine Evaluation der Schulungen von Mitarbeitern des Bundesamtes durch Refugio München, Veränderungen nach den Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zur Sachaufklärungspflicht bei Geltendmachung einer PTBS und die geplante Evaluation der Bemühungen des BAMF mit dem Sachvortrag psychisch Erkrankter im Asylverfahren sachgerecht umzugehen. Es wurde deutlich, dass in Bezug auf den Umgang mit traumatisierten Asylbewerbern die Sachbearbeiter Asyl zwar neben der Nachfragemöglichkeit beim behandelnden Arzt/Psychologen auch über die Möglichkeit einer Begutachtung durch einen externen Sachverständigen verfügen, jedoch verwaltet das Bundesamt die Gutachtentitel und muss vorher informiert werden, ob Gutachten erstellt werden darf. Das Bundesamt plane zwar, in Zukunft mehr Gutachten/gutachterliche Stellungnahmen selbst in Auftrag zu geben und es hat eine entsprechende Aufstockung der dazu nötigen finanziellen Mittel gegeben, eine einheitliche Regelung dazu, wann externe Gutachter einbezogen werden

¹ http://www.bamf.de/nn_442016/SharedDocs/Anlagen/DE/Asyl/Downloads/EEBriefe/2008/ea-info-02-2008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/ea-info-02-2008.pdf

müssen bzw. wann Nachfragen zu Gutachten an die Behandlungszentren zu erfolgen haben, ließ sich nicht realisieren.

Auch bedarf es der Entwicklung klarer Kriterien, wie ein Gutachten auszusehen hat, damit es für eine Qualitätssicherung der Arbeit des BAMF dienlich ist.

Es gab insgesamt ein positives Feedback zu den Schulungen der Sonderbeauftragten durch Refugio München und PSZ Düsseldorf, die auch künftig weitergeführt werden sollen.

Unter Mitwirkung der Mitgliedszentren der BAFF sowie dem UNHCR plant das BAMF eine Erhebung für den Zeitraum 2005-2008 zu den bisherigen Bemühungen des BAMF durchzuführen. Dabei geht es um die Fragestellungen, wie früher wie früher mit der Sachaufklärung umgegangen wurde und was sich positiv wie negativ verändert hat.

Um weitergehende Verbesserungen im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen im Asylverfahren zu erreichen, wird der Dialog im Rahmen weiterer Arbeitstreffen fortgeführt.

Erarbeitung eines Entwurfs für eine Anfrage an Bundesregierung und die jeweiligen Bundesländer u.a. zur Anzahl der in Deutschland lebenden Asylbewerber und jeweiligem Aufenthaltsstatus, Anerkennungsquote des BAMF, Anzahl der in Gemeinschaftsunterkünften Lebenden und Dauer des Aufenthalts dort, sowie Feststellungsquote einer PTSD oder anderer psychischer Erkrankungen. Ziel ist, mit dieser Anfrage eine Informationsgrundlage zu erhalten, mit welcher der Umfang des Behandlungsbedarfes konkretisiert und entsprechende Konsequenzen im Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen eingefordert werden können.

4 Neuaufbau des Webauftritts

BAFF-Webauftritt

2008 wurde intensiv an der Aktualisierung der Website gearbeitet. Die Seite wurde vom Design und Inhalt völlig neu bearbeitet und bietet nun neue Möglichkeiten. Besonders das neue Formulieren der Inhalte hat viele Ressourcen in Anspruch genommen und wäre ohne ehrenamtliches Engagement nicht möglich gewesen.

Die Website adressiert die Mitglieder und Kooperationspartner der BAFF. Informationen über unsere Arbeit und aktuelle Materialien sollen leicht zugänglich sein und der aktive Austausch unterstützt werden. Darüber hinaus

soll die Homepage auch die Möglichkeit eröffnen, eine breitere Öffentlichkeit auf die Arbeit der BAFF aufmerksam zu machen und über wichtige Themenbereiche sowie aktuelle Problemlagen und Ansatzpunkte der Veränderung zu informieren. Der Aufbereitung und Präsentation von Einzelfallschilderungen kommt hierbei eine wichtige Funktion zu und bedurfte vielfacher Auseinandersetzungen hinsichtlich einer adäquaten Darstellungsform.

Im August 2008 ist die neue Webseite der BAFF online gegangen. Überblick über die Versorgungsstruktur in Deutschland und mögliche Ansprechpartner sind in Planung.

BAFF Forum

Das BAFF Forum wird zunehmend mehr in Anspruch angenommen. Über 100 MitarbeiterInnen der BAFF-Mitgliedseinrichtungen und Kooperationspartner sind registriert, daneben wird die Seite auch von nicht-registrierten Personen aktiv genutzt. Das Forum ist ein wichtiges Kommunikationsmedium. Es dient dem fachlichen Austausch und insbesondere der Bereitstellung und Recherche von Informationen zu Tagungen, Kampagnen, Presse, rechtlichen Neuerungen, Gerichtsurteilen, etc.. Vielen Dank an Annette Windgasse für die kompetente Betreuung und Verwaltung des Forums.

5 Entwicklung eines Interviewarchivs „Zeitzeugen der Menschenrechte“, Dokumentation von Einzelfällen für die politische Lobbyarbeit:

Für die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit hat es sich im Kontakt mit Journalisten, Politikern und anderen relevanten Entscheidungsträgern als wichtig erwiesen, die besonderen Probleme und Bedürfnisse der Betroffenen nicht in allgemein beschreibender bzw. statistischer Form darzustellen, sondern ihre konkreten Erfahrungen und Geschichten zu schildern und öffentlich zu machen. Vor diesem Hintergrund hat die BAFF die einzelnen Schritte für eine solche Dokumentation vorbereitet. Es wurden Interviewleitfäden entwickelt, um die Narrativen der Flüchtlinge aufzuzeichnen und auch erste Interviews durchgeführt. Da die Kapazitäten der BAFF eine solche Dokumentation nur in begrenztem Maße zuließen, haben StudentInnen der Psychologie im Rahmen eines Forschungspraktikums an der Durchführung der Interviews mitgewirkt. Dies erforderte die Anleitung bzw. Vorbereitung der PraktikantInnen, als auch eine enge Betreuung durch die Mitarbeiterinnen der Koordinationsstelle.

Grundlegende Voraussetzung aller bisher durchgeführten Gespräche war die informierte Einwilligung der KlientInnen, an dem Projekt teilzunehmen. Dabei zeigte sich, dass die Bereitschaft und der Wunsch der von uns kontaktierten KlientInnen Ihre Erlebnisse zu berichten sowie ihre aktuelle Lebenssituation zu schildern, sehr hoch war. Die durchweg positiven Rückmeldungen der KlientInnen zeigten deutlich, dass das Bedürfnis und Interesse nach den Darstellungen der Einzelfälle wechselseitig war, also nicht nur externe Behörden, Entscheidungsträger oder Einzelpersonen an diesen interessiert war, sondern auch die Betroffenen selber mit ihren Geschichten öffentlichen Raum betreten wollten. Diese Ergebnisse führten dazu, dass die Koordinationsstelle der BAFF damit begonnen hat, diesen Teil ihrer Arbeit für die politische Lobbyarbeit konzeptionell weiter zu entwickeln und zu vertiefen.

Seit September 2008 sind einige unserer Zeitzeugeninterviews online. Auf der BAFF Website finden Sie sie unter der Rubrik „Zeitzeugenprojekt“². 2008 beschäftigte sich die BAFF in enger Zusammenarbeit mit der Freien Universität und ehrenamtlichen fortgeschrittenen Studierenden der Psychologie mit den Zeitzeugeninterviews und dem eng damit zusammenhängenden Thema der Wahrung der Anonymität der Zeitzeugen und der Form der Veröffentlichung. Die Interviewer haben in den Räumen der Koordinationsstelle Interviews mit Zeitzeugen durchgeführt, die von einer bis 5 Stunden andauerten. Die Koordinationsstelle bekam durchweg positive Rückmeldungen von den Interviewern und den Interviewten über die Zeitzeugengespräche. Wir archivieren die vollständigen Interviewtranskripte. Wir erstellen eine anonymisierte Zusammenfassung der Transkripte und stellen diese online. Wir werden Archiv der Zeitzeugen weiter ausbauen und die Formen der Darstellung von Zeitzeugnissen erweitern. Geplant ist eine Schreibwerkstatt und eine Kooperation mit einem Künstler, der verfremdeten Zeitzeugnisse in bildlicher Form darstellen wird.

6 Entwicklung eines Konzepts zur Identifizierung traumatisierter Flüchtlinge (EU-Richtlinien zur Aufnahme von Flüchtlingen)³:

Die unzureichende Umsetzung der Aufnahmerichtlinie ist für die besonders vulnerablen Flüchtlinge sowie die Arbeit der Behandlungszentren mit weit

² Link http://www.baff-zentren.org/index.php?option=com_content&view=article&id=55&Itemid=47

³ RL 2003/9 EG Mindestnormen für die Aufnahme von Flüchtlingen, kurz: Aufnahmerichtlinie.

reichenden Konsequenzen verbunden. Es fehlen fachliche Standards zur Feststellung der Bedürfnisse dieser Personengruppe und ein strukturell verankerter Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten. Vor dem Hintergrund, dass die BAFF Empfehlungen zur Umsetzung der Aufnahmerichtlinie entwickelt hat, haben wir 2008 gezielte Gespräche mit Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung gesucht, um über die mangelnde Umsetzung zu informieren und die genannten Lücken bzw. Defizite zu beheben.

Die BAFF hat alle relevanten Bundesministerien über die Sachlage schriftlich informiert und Gesprächstermine organisiert. Es fand daraufhin ein Arbeitstreffen mit der parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk (Bundesministerium für Gesundheit) statt, in welchem das Gesundheitsministerium seine Zuständigkeit für diese Problematik zurückgewiesen hat. So sei es zum Thema der Finanzierung rechtlich nicht möglich, die Arbeit der Behandlungszentren aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung zu finanzieren, da diese ihre Leistungen nur Mitgliedern zukommen lassen und Flüchtlinge nicht zu dem Mitgliederkreis hinzugehören. Das Bundesministerium des Innern wie auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren noch nicht zu einem Gespräch bereit.

Es hat sich auf Grund der föderativen Struktur in Deutschland als wichtig herausgestellt, die Umsetzung der Aufnahmerichtlinie in konkreten Schritten zunächst auf Landesebene zu erproben, so dass Behandlungszentren in Berlin und München unter maßgeblicher Beteiligung der BAFF ein entsprechendes Modellprojekt dafür entwickelt haben.

7 Kontextbezogene Traumabehandlung:

Für die Entwicklung einer *Best Practice* in der Flüchtlingsarbeit hat die BAFF am 31.03.2008 ein Expertentreffen organisiert, in welchem die einzelnen Fragestellungen bzw. Themenbereiche, die für eine kontextbezogene Traumabehandlung von Bedeutung sind, konkretisiert und diskutiert wurden.

Das Arbeitstreffen diente als Zwischenschritt für die 2009 stattfindende Fachtagung der BAFF, die sich gleichermaßen inhaltlich mit der Thematik "Kontextbezogene Traumabehandlung" auseinandersetzen und von den Behandlungszentren in Baden-Württemberg ausgerichtet wird.

In diesem Zusammenhang konnte die BAFF Medico International als Kooperationspartner gewinnen, die der Projektidee sehr aufgeschlossen

gegenüber stehen und die ihr Wissen insbesondere aus den nicht-europäischen Projekten in die Auseinandersetzung mit einbringen konnten. Die Projektkoordinatorin von Medico International, Frau Hildegard Scheu, hat als Expertin an dem Arbeitstreffen mitgewirkt, da sie des Weiteren dort zuständig für die Kooperation mit Projektpartnerorganisationen in Afrika ist und zuvor lange Jahre als entwicklungspolitische Beraterin und Gutachterin u.a. in Ländern Afrikas und Südosteuropas gearbeitet hat.

Als Ergebnis des Arbeitstreffens lassen sich folgende Themen- bzw.

Problemfelder ausmachen, die für die Entwicklung einer best practice von besonderer Bedeutung sind:

- **Rückkehr in Heimatländer** (wie Tschetschenien, Kosovo, Serbien und Montenegro, Türkei etc.): Die Situation der rückkehrenden Flüchtlinge muss mit KollegInnen bzw. ExpertInnen aus den Herkunftsländern dargestellt und diskutiert werden. So müssen die Chancen und Risiken für Flüchtlinge möglichst eindeutig geklärt werden insbesondere die Möglichkeit der Behandlung von Traumafolgestörungen in den jeweiligen Herkunftsländern. Hierfür ist auch eine Vernetzung mit den entsprechenden KollegInnen vor Ort auszubauen, um die rückkehrenden Flüchtlinge vermitteln zu können.
- Im **Dialog mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** werden wir mit Ansätzen/Forschungsprojekten - z.T. durch das BAMF selber gefördert - konfrontiert, die u.a. in Uganda oder Sri Lanka in Flüchtlingslagern arbeiten und angeblich in 5 Stunden eine „Heilung“ der traumatisierten Personen erreichen können. Der gleiche therapeutische Ansatz dauere jedoch in Deutschland länger. Schlussfolgernd sieht eine „best practice“ aus Sicht des BAMF so aus, dass die Betroffenen tendenziell möglichst schnell in ihre Heimat zurückgesendet werden sollen, da sie dort schneller/besser geheilt werden können. Diesen Aussagen müsste eine auf der praktischen Arbeit basierende und wissenschaftlich begründete Antwort entgegengesetzt werden, welche die Voraussetzungen für eine „erfolgreiche“ Behandlung wie insbesondere die Sicherheit der Betroffenen sowie eigene Handlungs- und Kontrollmöglichkeiten für ihre Leben, aber auch klinisches Wissen zu Verlauf und Dauer einer Behandlung traumatisierter Flüchtlinge herausarbeitet. Es bedarf hierzu einer **Studie** der deutschen oder auch europäischen Projekte zu deren Input, Wirkungen und Effektivität und in der Folge den Eintritt in den wissenschaftlichen Diskurs. Wie könnte eine solche

Recherche initiiert werden? Welches sind die konkreten Kriterien für Input, Wirkung und Effektivität? Wer könnte die Durchführung organisieren?

- **"Intigrated, community based mental health" Projekte** in Krisen- und Kriegsregionen scheinen eine sinnvolle Antwort zu sein auf natürliche und "man-made" Disaster. Im Gegensatz zu Projekten bei denen – oft an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei – Traumabehandlungen aus westlichen Ländern importiert werden. Hier bedarf es einer weitergehenden Auseinandersetzung mit den Konzeptionsinhalten und Praxiserfahrungen aus den Projekten.
- Als Organisationen die mit Betreuung und Behandlung von extremtraumatisierten Menschen arbeiten, werden wir häufig um **Stellungnahmen** gebeten zu Projekten/gesundheitspolitische Situationen in Krisengebieten. Dafür ist es erforderlich, einen eigenen Standpunkt bzw. Ansatz zu entwickeln, ausgehend von den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen vor Ort.

8 Europäische Vernetzung

Die BAFF ist auf europäischer Ebene insbesondere mit dem Network of European Treatment and Rehabilitation Centres für Victims of Torture and Human Rights Violations /NETRC) vernetzt, dessen Gründungsmitglied sie auch ist. Im Rahmen dieses Netzwerkes ist die BAFF in der Arbeitsgruppe „Advocacy“ und „Fundraising“ vertreten und auch Mitglied der Steuerungsgruppe des EU-Netzwerkes, die sich aus den Leitern der einzelnen Arbeitsgruppen zusammensetzt. Neben dem regelmäßigen fachlichen Austausch und gegenseitiger Information per Email findet jährlich eine Netzwerk-Konferenz statt. Diese fand im April 2008 in Dublin statt und hat sich inhaltlich mit dem Thema „Folterprävention“ beschäftigt.

Die Netzwerk-Konferenz stellte einen Rahmen zur Verfügung, diese Themenbereiche zur Folterprävention zu diskutieren und Ideen für Maßnahmen zur Prävention zu entwickeln sowie den Arbeitsprozess in den einzelnen Arbeitsgruppen fortzuführen. Die Ergebnisse des Austausches und der Ideenentwicklung fanden in der Folge Rücklauf in die Arbeit der BAFF, indem Grundlagen bereitgestellt wurden für die Entwicklung eines Konzeptes zur Folterprävention auf Bundesebene.

BAFF ist Lead Partner eines Europäischen Selbstevaluationsprojektes, in dem die aktuelle Praxis in sechs europäischen Behandlungseinrichtungen von den

beteiligten Zentren selbst evaluiert wird. In diesem Projekt sind mehrere Vorstandsmitglieder des Europäischen Netzwerkes beteiligt. Ziel des Projektes ist neben dem fachlichen Austausch und Zusammentragen von best practice und Problemfeldern in der Behandlung von Flüchtlingen und Folteropfern, die Stärkung des Europäischen Netzwerkes.

9 Termine

Qualifizierung/ Vernetzung/ fachlicher Austausch

- 04.03.2008 Debatten zur internationalen Politik „Überleben zwischen vollen Booten und Festung – Chancen und Risiken europäischer Migrationspolitik“ auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung.
- 07. -08.03.2008 Tagung „Flüchtlingsstatus und Bleiberecht in der deutschen Rechtspraxis“ - Wie gelungen ist die Umsetzung der Qualifikationsrichtlinie in das deutsche Recht?
- 17.03. Arbeitstreffen mit Dr. Hubertus Adam UKE Hamburg Eppendorf. Über zukünftige Zusammenarbeit, Absprache Kooperation mit BAFF in BAFF Tagung 2008 in Jena
- 25.03. Zentrumbesuch Refugio München
- 05.04.2008 Veranstaltung von amnesty international u.a. mit Vorträgen zu den Themen „Schuldlos schuldig - Die Erlebnisse und psychopathologischen Auffälligkeiten von ehemaligen Kindersoldaten in Nord-Uganda“, „Psychotherapie mit deprivierten Kindern in den Townships von Kapstadt“, „Behandlung von Flüchtlingskindern im Spannungsfeld von Kulturwechsel und Ausländerrecht“ im Ärztehaus (Hugo Niemeyer Saal) Hamburg.
- 06.04. amnesty international Heilberufe Frühjahrstagung Hamburg
- 08.04.2008 Vortrag zum Thema „Beteiligung von Ärzten an Folterungen in US-Militärgefängnissen“ von Steven Miles (Prof. f. Innere Medizin am Centre of Bioethics, University of Minnesota Medical School) auf dem Charité Campus Mitte, Berlin, Beginn: 19h.
- 07.-08.04.2008 Deutsches Institut für Menschenrechte. Fortbildung für Schutzpolizisten zum Umgang mit traumatisierten Opfern von Menschenhandel in Kooperation mit Ban Ying und dem Deutschen Institut für Menschenrechte
- 07.-09.04. Steering Committee meeting Dublin, Irland
- 08.-10.04.2008 Konferenz des Europäischen Netzwerkes in Dublin, Irland zu dem Thema „Prävention und Folter“.

- 23.04. UNO-Flüchtlingshilfe Mitgliederversammlung. Im Auftrag der BAFF wurde Annette Windgasse (Leiterin des PSZ Düsseldorf) in den Vorstand der Uno-Flüchtlingshilfe gewählt worden. Sie wird enge Absprachen mit der BAFF halten.
- 30.04.2008 Teilnahme am Fachgespräch „Die Concluding Observations des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes vom 1. Februar 2008 zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten.“, veranstaltet durch das Deutsche Institut für Menschenrechte.
- 09.05. Sitzung AG Innen des Forum Menschenrechte bei Pro Asyl Frankfurt
- 16.05. Arbeitstreffen mit Dr. David Becker, Institut für Psychosoziale Prozesse Freie Universität Berlin: Entwicklung Konzept der Selbstevaluation für Europäische Zentren.
- 23.05. - 25.05.2008 Beratung von Flüchtlingen – Focus: Interkulturalität und Traumatisierung; Tagung von amnesty international, Haus Villigst / Schwerte/ Dortmund
- 27.05. Gespräch der DGVN (Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen) im Auswärtigem Amt
- 04.06. Teilnahme an den Gesprächen zur Innenpolitik mit Abgeordneten des Innenausschusses des Deutschen Bundestages im Rahmen der „AG Innenpolitik“ des Forum Menschenrechte. (Edathy)
- 15.06.2008 Refugio Villingen Schwenningen feiert sein 10-jähriges Bestehen.
- 23. und 24.06.2008. 8. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz der Evangelische Akademie zu Berlin „Auf dem Weg zu einem europäischen Asylrecht - Bestandsanalyse und Perspektiven“. 23./24.06-2008 Vortrag und Diskussion zu dem Thema „Soziale und medizinische Standards bei der Aufnahme von Asylsuchenden in Deutschland“
- 19.06.2008 Teilnahme am Gesprächskreis Menschenrechte u.a. mit den Themen „Ansätze zur flüchtlingsfreundlichen Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes“ und „Umgang mit Traumatisierten im Asylverfahren“.
- 30.06-01.07.2008 Konferenz zum Thema „Festung Europa 70 Jahre nach Evian – Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen“ von Pro Asyl.e.V., dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag.
- 08./09.07. EMCRA Fortbildung Projektmanagement

- 24.07. BAFF Arbeitsgruppe Fundraising: 2. interner Organisations- und Fundraising-Info-Tag veranstaltet durch das PSZ Düsseldorf.
- 22.07- 25.07. Psychologenkongress IUPsych Berlin Workshop Teilnahme an den Internationalen Kongress für Psychologie und Vortrag zu dem Thema „Torture survivors and rights – tortured asylum seekers in Europe: The truth and its (professional) consequences“ im Rahmen des Symposiums „Psychology and torture“.
- 30.07. Arbeitstreffen mit Dr. David Becker FU Konzept der Selbstevaluation für EU Zentren
- 13.08. Lobbygespräch Beck , die Grünen
- 05.09. BAFF Treffen mit BAMF Nürnberg 05.09.2008 Gesprächstermin mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- 16. 09. Treffen mit Harald Löhlein Paritätischer Gesamtverband
- 05.11. UNHCR Experten Hearing Hohnheim
- 07.-09.11. BAFF Tagung

10 Lobby- und Repräsentationsarbeit im Rahmen von Arbeitstreffen oder Schriftwechsel:

Mit Politikern

- Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
- Ursula Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung
- Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministerium des Innern
- Marion Caspers-Merk, parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Gesundheit
- Sebastian Edathy, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages
- Rüdiger Veit, Mitglied des Deutschen Bundestages
- Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister des Landes Berlin
- Geschäftsstelle der ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (Bundesrat)

Mit der Fachöffentlichkeit

- Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) (Dr. Gierlichs)
- Deutsches Institut für Menschenrechte (Prof. Dr. Bielefeldt)
- Universität Konstanz (Prof. Dr. Elbert, Prof. Dr. Neuner)
- Bundesärztekammer (Dr. Hoppe, Dr. Montgomery)
- Bundespsychotherapeutenkammer (Hillenbrand, Angermann-Küster)
- Berliner Verwaltungsgericht (Percy MacLean und Stephan Eilig)
- Pro Asyl (Günter Burkhardt, Bernd Mesovic, Karl Kopp u.a.)
- amnesty international Deutschland (Barbara Lochbihler, Wolfgang Grenz, Dr. Duchrow, AK Asyl: Daniela Steenkamp, Andreas Schwandtner, AK Heilberufe)
- Gottfried Köfner, UNHCR Deutschland
- Prof. Dr. Manfred Nowak, UN-Sonderberichterstatter gegen Folter
- Rechtsanwaltsverein Berlin (RAV) (Dr. Kahrleck, Dr. Honnecker)
- Ella Poljakova, Soldatenmütter St. Petersburg
- Stefan Keßler, Jesuiten Flüchtlingsdienst
- Prof. Dr. Thomas Wenzel, Universitätsklinik Wien, International Academy of Law and Mental Health
- Katharina Wegner, Diakonisches Werk Deutschland

Ständige Mitarbeit:

- beim Arbeitskreis amnesty international -AK Heilberufe
- Gesprächskreis Asyl der Liga der Spitzenverbände
- Forum Menschenrechte Besonders AG Lobbyarbeit zur Innenpolitik
- Deutsche Stiftung UNO Flüchtlingshilfe
- Arbeitskreis Flüchtlinge in der IPPNW
- Nationale Koalition zur Durchsetzung der Kinderrechte (NCC)

Veröffentlichungen:

- **08/2008** Artikel von E. Bittenbinder zu dem Thema „Widerrufsverfahren bei Opfern von Folter oder anderen schweren Menschenrechtsverletzungen?“ in den Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht (ANA-ZAR). Download: <http://auslaender-asyl.dav.de/ANA-ZAR04-08.pdf>

- **03/2008** Artikel von Katarina Rafailovic zu dem Thema „Das Trauma Nummer zwei. Bei der Asylanhörung müssen Flüchtlinge über ihr Leid reden im Magazin Sozialcourage 3/2008

C. Finanzbericht

siehe Anlage

Für den Vorstand:

(Elise Bittenbinder)
Vorsitzende

(Anni Kammerlander)
Kassenwärtin